

**MINISTERIN FÜR FAMILIE, SOZIALES,
WOHNEN UND GESUNDHEIT**

LYDIA KLINKENBERG

8. Juli 2026

Hitzewelle: Gesundheitsminister analysieren Übersterblichkeit und plädieren für bereichsübergreifenden Ansatz beim Hitzeschutz

In den vergangenen Tagen hat die Risk Management Group (RMG) Gesundheit, in der Expertinnen und Experten verschiedener Behörden vertreten sind, auf Anfrage der Gesundheitsminister eine erste Bewertung der außergewöhnlichen Hitzewelle im Juni und Juli 2026 vorgenommen. Es wird nicht das letzte Mal gewesen sein, dass wir mit schweren Hitzewellen konfrontiert werden. Gute Politik überprüft sich selbst und analysiert, wo Verbesserungen möglich sind.

Die Gesundheitsminister nahmen heute im Rahmen einer außerordentlichen Interministeriellen Konferenz Volksgesundheit zunächst die Empfehlungen der interföderalen Risk Management Group (RMG) sowie die von Sciensano bereitgestellten Zahlen zur Übersterblichkeit während der Hitzewelle zur Kenntnis. Sciensano wird eine entsprechende Pressemitteilung veröffentlichen. Die Empfehlungen der RMG werden auf der Internetseite der RMG veröffentlicht. Die Zahlen belegen eine äußerst signifikante Übersterblichkeit in allen Zielgruppen, auch bei den unter 65-Jährigen. Betroffen waren sowohl die Bewohner in den WPZS als auch Personen, die zu Hause wohnen.

Die Gesundheitsminister haben festgestellt, dass die verschiedenen Phasen des Hitzeschutzplans im Bereich der öffentlichen Gesundheit (Aufmerksamkeitsphase, Warnphase und Alarmphase) auf Grundlage der festgelegten Parameter (Temperatur, Ozon) korrekt aktiviert wurden. In den ersten beiden Phasen lag der Schwerpunkt auf Sensibilisierung und Prävention. In der Alarmphase erfolgten die tägliche Überwachung der Belastung der Notrufnummern 112 und 1733, der Notaufnahmen und Krankenhäuser sowie – sofern erforderlich – der Ausbau der Versorgungskapazitäten, die Aktivierung lokaler Hitzeschutzpläne in Pflege- und Gesundheitseinrichtungen, eine angemessene Risikobewertung von Veranstaltungen sowie die Umsetzung präventiver Maßnahmen wie die Bereitstellung von kostenlosem Trinkwasser, Schattenbereichen und medizinischer Unterstützung. Darüber hinaus wurde die Kommunikation über Schutzmaßnahmen für die Bevölkerung intensiviert und gezielt ausgerichtet.

Bei schwerwiegenden sektorübergreifenden Auswirkungen übernimmt das Nationale Krisenzentrum die föderale Koordinierung und kann im Rahmen des nationalen Notfall- und

Pressekontakt:

Maret van Stiphout
maret.vanstiphout@dgov.be
+32 490 32 04 51

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Kabinet Ministerin Klinkenberg
Klötzerbahn 32, 4700 Eupen
www.lydiaklinkenberg.be

Interventionsplans eine föderale Krisenphase ausrufen. Dies war während der vergangenen Hitzewelle jedoch nicht der Fall.

Die Interministerielle Konferenz unterstützt die vom RMG vorgeschlagenen prioritären Maßnahmen, die zusätzlich zu den bereits ergriffenen Maßnahmen unverzüglich umgesetzt werden sollen:

1. Das Nationale Krisenzentrum wird beauftragt, in Abstimmung mit allen betroffenen Sektoren eine detailliertere sektorübergreifende Bewertung durchzuführen.
2. Der Fokus soll stärker auf dem Erreichen besonders gefährdeter Personen liegen, insbesondere älterer Menschen, die allein leben. Bereits heute gibt es erfolgreiche Initiativen, bei denen Kommunalverwaltungen, Krankenkassen oder soziale Organisationen Kontakt aufnehmen und nachfragen, ob vulnerable Personen Hilfe benötigen. Diese Initiativen sollen ausgeweitet und besser koordiniert werden.
3. Die Kontinuität und Qualität der Gesundheitsversorgung müssen gewährleistet bleiben. Wo erforderlich, sind die Kapazitäten auszubauen. Während der vergangenen Hitzewelle zeigte sich insbesondere, dass die Notrufzentralen aufgrund eines sprunghaften Anstiegs der Anrufzahlen bei gleichzeitig nicht entsprechend angepasster Personalbesetzung hierzu nicht in der Lage waren. Die Kapazitäten der Notrufzentralen müssen künftig vorhersehbare Anstiege des Anrufaufkommens berücksichtigen. Darüber hinaus führt der föderale Gesundheitsminister Gespräche mit den Hausärztinnen und Hausärzten, um zu prüfen, wie die Notrufnummer 1733 vorübergehend an die hausärztlichen Bereitschaftsdienste weitergeleitet werden kann, damit die Notrufnummer 112 in Spitzenzeiten entlastet wird.
4. Wo möglich, sollen klimatisierte Räumlichkeiten öffentlicher oder anderer Einrichtungen für gefährdete Bevölkerungsgruppen geöffnet werden und Trinkwasser bereitgestellt werden.
5. Auch für kleinere Veranstaltungen muss eine ausreichend belastbare Risikoanalyse entwickelt werden. Dabei ist insbesondere auf die Verfügbarkeit von Trinkwasser, Schattenbereichen sowie auf ausreichende Kapazitäten der Einsatz- und Rettungsdienste vor Ort zu achten.

Die Interministerielle Konferenz ersucht die RMG, die Umsetzung der kurzfristigen Maßnahmen fortzusetzen, um auf die nächste Hitzewelle vorbereitet zu sein, bei der die Alarmphase durch die RMG aktiviert wird. Für die kommenden Tage werden erneut steigende Temperaturen erwartet. Derzeit deutet jedoch nichts darauf hin, dass die Alarmphase ausgelöst werden muss. Dennoch bleibt in den kommenden Wochen erhöhte Wachsamkeit geboten.

Darüber hinaus beauftragt die Interministerielle Konferenz die RMG, auf Grundlage der WHO-Leitlinie „Heat-Health Action Plans 2026“ einen konkreten Entwurf für einen weiter ausgearbeiteten und detaillierteren Hitzeschutzplan vorzulegen. Dabei sind

selbstverständlich die jeweiligen Zuständigkeiten sowie die Notwendigkeit einer sektorübergreifenden Abstimmung zu berücksichtigen. Diese aktuelle Leitlinie betont, dass sich die Länder von reinen Warn- und Alarmsystemen hin zu integrierten Hitzevorsorgeplänen entwickeln müssen, die Governance, Gesundheitswesen, sozialen Schutz, Infrastruktur, Arbeitswelt, Bildung, Mobilität und Kommunalverwaltungen miteinander verknüpfen. Dieser WHO-Rahmen soll künftig als Referenzmodell dienen, um die belgische Vorsorge und das Krisenmanagement im Zusammenhang mit Hitzewellen nachhaltig zu stärken. Eine Hitzekrise ist keine reine Gesundheitskrise, sondern eine Krise, in der alle Beteiligten Verantwortung übernehmen müssen.

Gesundheitsministerin Lydia Klinkenberg erklärt: *„Die jüngste Hitzewelle hat erneut gezeigt, wie wichtig ein vorausschauendes und koordiniertes Handeln aller Ebenen ist. Gerade weil die Klimakrise den Gesundheitsbereich übersteigt, werden wir in den nächsten Wochen auf allen Ebenen die Kräfte bündeln und analysieren, wo Handlungsbedarf besteht. Dabei spielen unterschiedliche Bereiche eine Rolle, angefangen vom Schutz der Arbeitnehmer über die Kleinkindbetreuung, das Bildungswesen, den Kultur-, Sport- und Veranstaltungsbereich bis hin zu den WPZS und Krankenhäusern.“*

Besonderes Augenmerk soll auf die weitere Ausgestaltung der Alarmphase und – soweit relevant – der föderalen Krisenphase gelegt werden. Dabei sind klare Vereinbarungen über die Rolle der RAG/RMG, des nationalen Krisenzentrums, der regionalen Krisenzentren, der Teilstaaten sowie der kommunalen Ebene zu treffen. Ziel ist eine eindeutige Entscheidungsstruktur und eine bessere Koordinierung, wenn eine Hitzewelle oder ein Ozonhöhepunkt erhebliche Auswirkungen auf den Gesundheitssektor und die Gesellschaft hat.

Die Mitglieder der Interministeriellen Konferenz verpflichten sich, hierzu Gespräche mit den zuständigen Ministerinnen und Ministern der anderen betroffenen Sektoren innerhalb ihrer jeweiligen Regierungen zu führen. Ein Zwischenbericht über den Stand dieser Arbeiten soll der Interministeriellen Konferenz im September vorgelegt werden.

Abschließend möchte die Interministerielle Konferenz Gesundheit den zahlreichen Beschäftigten im Gesundheitswesen für ihren außergewöhnlichen Einsatz während der Hitzewelle danken. Dies war nur dank der hervorragenden Zusammenarbeit mit zahlreichen anderen Sektoren möglich, wobei insbesondere die Kommunalverwaltungen und die Provinzgouverneure hervorzuheben sind.

Pressekontakt:

Maret van Stiphout
maret.vanstiphout@dgov.be
+32 490 32 04 51

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Kabinet Ministerin Klinkenberg
Klötzerbahn 32, 4700 Eupen
www.lydiaklinkenberg.be

Diese Pressemitteilung wurde gemeinsam im Namen der Minister verfasst, die die Interministerielle Konferenz für öffentliche Gesundheit bilden:

- Yves Coppieters, Regierung der Wallonischen Region und der Französischen Gemeinschaft (Präsident der IMK)
- Caroline Gennez - Flämische Regierung
- Frank Vandenbroucke - Föderalregierung
- Valérie Lescrenier, Französische Gemeinschaft
- Elisabeth Degryse, Französische Gemeinschaft
- Karine Lalieux - COCOF
- Lydia Klinkenberg - Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft
- Ahmed Laaouej - COCOM
- Dirk De Smedt - COCOM

Pressekontakt:

Maret van Stiphout
maret.vanstiphout@dgov.be
+32 490 32 04 51

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft

Kabinett Ministerin Klinkenberg
Klötzerbahn 32, 4700 Eupen
www.lydiaklinkenberg.be